



Beschluss

der 43. Landesversammlung in Leipzig am 20.09.2014

AntragsstellerIn: Landesparteirat

Gegenstand: Regieren ist kein Selbstzweck

1 **Regieren ist kein Selbstzweck - Uns GRÜNEN kommt es auf die Inhalte an**

2 GRÜN gehört zu Sachsen. Obwohl wir unser Ziel, gestärkt aus der Landtagswahl am
3 31. August zu gehen, nicht erreicht haben, ist nach dem dritten Einzug in den Sächsi-
4 schen Landtag in Folge eines deutlich geworden: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
5 GRÜNE Themen sind aus der Politik in Sachsen nicht mehr wegzudenken. Neben Uni-
6 on und SPD sind wir GRÜNEN weiterhin die einzige Partei, die in den Parlamenten al-
7 ler 16 Bundesländer vertreten ist.

8 Wir GRÜNE sind bei der Landtagswahl in Sachsen angetreten für einen konsequenten
9 Klimaschutz und eine echte Energiewende mit einem raschen Ausstieg aus dem
10 Braunkohleabbau, für gerechte Bildungschancen für alle, für eine neue Verkehrspolitik,
11 für

12 Naturschutz und für die Stärkung von Demokratie und BürgerInnenrechten. Wir haben
13 das Angebot der sächsischen CDU angenommen, mit uns zu erörtern, welche Gemein-
14 samkeiten und Unterschiede in den Programmen und in den Vorhaben für Sachsen
15 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU vorliegen. Die ausführlichen Sondie-
16 rungsgespräche sind für uns ein großer Fortschritt in der politischen Auseinanderset-
17 zung. Sie machen deutlich, dass beide Seiten es ernst meinen. Es gibt echtes Interes-
18 se an Austausch und Kooperation. Gemeinsamkeiten und mögliche Kompromisse wur-

19 den sichtbar. Vertrauen ist gewachsen. Die Gespräche sind ein Gewinn für die demo-
20 kratische Kultur. Das allein reicht uns aber nicht. Ziel der Sondierungen war, Klarheit
21 darüber zu gewinnen, ob es eine ausreichende inhaltliche Basis für die Aufnahme von
22 Koalitionsverhandlungen gibt. Dazu berichten die Mitglieder der GRÜNEN Sondie-
23 rungsgruppe:

24 *“Bei der Anhebung der Ausbauziele für Erneuerbare Energien, bei der Rücknahme von*
25 *Behinderungen bei der Windkraft sowie bei Investitionen in Forschung und Entwick-*
26 *lung können gemeinsame Anliegen zusammengeführt werden. Keine Verhandlungsba-*
27 *sis scheint es für ein sächsisches Klimaschutzgesetz zu geben. Auch der verbindliche*
28 *Einstieg in den Ausstieg aus dem Braunkohlebergbau ist ein GRÜNES Kernanliegen,*
29 *bei dem aktuell keine Aussicht besteht, eine für beide Seiten tragfähige Vereinbarung*
30 *zu erzielen. Wir GRÜNE wollen die in Sachsen geplanten Tagebauerweiterungen stop-*
31 *pen (Nochten II, Vereinigtes Schleenhain/Pödelwitz) und die Laufzeit zumindest der äl-*
32 *testen und klimaschädlichsten Braunkohlekraftwerke begrenzen. Wir mussten feststel-*
33 *len, dass die Vorstellungen für zukunftsfeste Kompromisslösungen an dieser Stelle zu*
34 *weit auseinander liegen.*

35 *Inklusion in der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern ist ein gemeinsames Zu-*
36 *kunftsthema. Die solide Ausstattung der Studentenwerke kann ein gemeinsames Ziel*
37 *werden. Auch zur Weiterentwicklung der sächsischen Hochschullandschaft gibt es Ide-*
38 *en auf beiden Seiten. Die Suche nach Möglichkeiten zur Linderung des Lehrermangels*
39 *ist gemeinsames Anliegen. Unterschiede bleiben jedoch in zentralen Bildungsfragen*
40 *bestehen: Wir GRÜNE halten es für eine Grundbedingung, den Betreuungsschlüssel*
41 *in Horten, Kitas und Kindergärten gesetzlich zu verbessern, wobei uns bewusst ist,*
42 *dass Zielvorstellungen nicht in kürzester Frist, sondern nur schrittweise umgesetzt*
43 *werden können. Wir wollen Gemeinschaftsschulen als Regelschulen ermöglichen und*
44 *das Recht auf Inklusion an Regelschulen umsetzen. Wir wollen ein Lehrerbildungsge-*
45 *setz, das den Zwang zum Studium für bestimmte Schularten auflöst und die Voraus-*
46 *setzungen für gleiche Bezahlung auch für GrundschullehrerInnen schafft. Wir wollen*
47 *den Stellenabbau an Sachsens Hochschulen stoppen und die Grundfinanzierung erhö-*
48 *hen. Wir wollen das Hochschulgesetz ändern, um die verfassten Studierendenschaften*
49 *wieder zu stärken.*

50 Bei Infrastrukturmaßnahmen könnte der Erhalt vor dem Neubau von Straßen künftig
51 im Vordergrund stehen, allerdings ohne Abstriche bei der Anzahl der geplanten neuen
52 Bundesstraßen zu machen. Für eine verstärkte Förderung des Radverkehrs und Nach-
53 denken über die Strukturen im Öffentlichen Personennahverkehr waren Kompromiss-
54 möglichkeiten auf beiden Seiten erkennbar. Den Zielstellungen Einführung eines Sach-
55 sentakts, Strukturänderungen im Öffentlichen Personennahverkehr und gemeinsamen
56 Tarifen könnte man sich gemeinsam nähern. Der dringend notwendig Ausbau von
57 Breitbandversorgung ist offenbar ein weiterer Punkt, mit dem GRÜNE und CDU die
58 wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen gerade im ländlichen Raum gemeinsam
59 stärken könnten. Umsetzungsprobleme sehen wir aber beim wirksamen Schutz vor
60 Verkehrs- und Fluglärm, da dies für uns GRÜNE von vorrangiger Bedeutung ist.

61 Dem fortschreitenden Flächenverbrauch wollen wir GRÜNE Einhalt gebieten, um dem
62 dauerhafte Verlust von Natur und Landschaft, von Lebensräumen, Agrar- und Waldflä-
63 chen zu verhindern. Hier zeichnete sich Kompromissbereitschaft ab. Verhandlungsbe-
64 reitschaft können wir auch bei der Förderung der Umstellung auf ökologischen Land-
65 bau erkennen. Eine Regierung mit uns GRÜNEN muss sich vor allem auch für eine
66 Verbot von tierquälerischen Praktiken ebenso wie dem Förderstopp von Massentier-
67 haltung und einem Verbandsklagerecht für Tierschutzverbände einsetzen. Bei diesen
68 für uns wichtigen Themen liegen die Vorstellungen auseinander. Beim Baumschutz so-
69 wie bei Baumfällungen auf Deichen ist eine für beiden Seiten tragfähige Lösung
70 schwer vorstellbar.

71 In einem für uns zentralen Thema - der Absenkung des Quorums bei Volksbegehren -
72 haben sich Gesprächsmöglichkeiten angedeutet. Bei der Stärkung der oder des Säch-
73 sischen Datenschutzbeauftragten sowie der Finanzierung des Landesprogramms
74 "Weltoffenes Sachsen" war ein Entgegenkommen spürbar. Über die Erhöhung von
75 Einstellungskorridoren für Polizisten bestünde Verhandlungsbereitschaft. Für eine
76 Kennzeichnungspflicht der Polizei sowie einer Verbesserung der Interventionszeiten
77 waren hingegen die Hürden zu hoch. Die Unterschiede der Ansichten bei der Absen-
78 kung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen sowie bei der Abschaffung
79 der sogenannten „Demokratie-Erklärung“ kamen deutlich zum Tragen. Eine Auflösung
80 des Verfassungsschutzes in der jetzigen Form hatte keine Aussicht, eine für beide Sei-
81 ten tragfähige Vereinbarung zu finden. Keine Basis für eine Einigung konnte bei der

82 *Erweiterung der Informationsfreiheit und einem Grundrecht auf informationelle Selbst-*
83 *bestimmung gefunden werden. Für das GRÜNE Konzept, AsylbewerberInnen freie Bewe-*
84 *gungsmöglichkeiten über die Kreis- und Landesgrenzen hinweg zu gewähren, er-*
85 *scheint keine Übereinkunft möglich.“*

86 Wir sind uns der Verantwortung bewusst, dass die Aufnahme von Koalitionsverhand-
87 lungen nur erfolgen kann, wenn Aussicht auf eine für beide Seiten mehrheitsfähige
88 Vereinbarung besteht.

89 Wir haben Gemeinsamkeiten feststellen können und auch für beide Seiten akzeptable
90 Kompromisse deuteten sich an. Im Ergebnis der Gespräche stellen wir jedoch fest,
91 dass diese keine ausreichend tragfähige Basis für die Aufnahme von Koalitionsver-
92 handlungen darstellen, da die inhaltlichen Differenzen in für uns zentralen Punkten ins-
93 gesamt noch zu groß sind. Uns war von Anfang an bewusst, dass wir in einer etwaigen
94 Koalition nicht alle unsere Forderungen vollständig durchsetzen können. Aber insbe-
95 sondere bei den Themen Energiewende und Bildung zeichnet sich aktuell keine für uns
96 vertretbare Lösung ab.

97 Somit ist eine zügige und stabile Regierungsbildung durch CDU und BÜNDNIS 90/DIE
98 GRÜNEN in Sachsen derzeit nicht absehbar und der Einstieg in vertiefte Koalitionsver-
99 handlungen jetzt nicht zielführend.

100 Noch nie zuvor gab es ernsthafte Sondierungsgespräche zwischen CDU und GRÜ-
101 NEN in Sachsen. Es ist gut für die Demokratie, wenn solche Gespräche nach einer
102 Wahl selbstverständlich sind. Wir GRÜNE wollen eine andere politische Kultur in Sach-
103 sen. Wir wollen die treibende Kraft für eine ökologische und moderne Gesellschaft
104 sein. Wir wollen strittige inhaltliche Diskurse über zentrale Zukunftsfragen des Landes
105 anstoßen. Sachsen darf nicht länger diskussionsbefreite Zone sein. Diskurse über Mi-
106 lieus und politische Lager hinweg können helfen, den Abstand zwischen Menschen
107 und Landespolitik zu verringern.

Anhang

Minderheitenmeinung von Antje Hermenau, Mitglied der Sondierungsgruppe von

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen, zur den Schlussfolgerungen aus den inhaltlichen Erläuterungen

“Die Zusagen und Zugeständnisse an BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen, zu denen sich die sächsische Union im Rahmen der Sondierungen bereit zeigte, sind meines Erachtens ausreichend, um auch bei derlei ungleichen Fraktionsstärken eine Koalition im Interesse des Landes eingehen zu können. Insbesondere die Möglichkeiten beim klaren Ausbau der Windenergie, einer Offensive bei der Energieforschung, dem endlich zügigen Ausbau eines schnellen Breitbandnetzes und der Herabsetzung des Quorums bei Volksentscheiden in der Verfassung wären deutliche Fortschritte in der Landespolitik. Es gab ein echtes Interesse an Austausch und Kooperation. Das können und sollten wir Bündnisgrünen in gemeinsamer Arbeit ausbauen. Die Frage, mit wem man ernsthaft über die Zukunft unseres Landes reden kann, steht ja spätestens seit der Wahl für jeden erkennbar im politischen Raum. Die gemeinsam tragende Leitidee ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Dieses Prinzip in allen Politikbereichen, insbesondere und gerade aber in der Wirtschaftspolitik, gemeinsam mit der Union durchzusetzen, ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben der nächsten Jahre, der sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aktiv, beherzt und gestaltend stellen sollten.”